



Aus meiner Sicht Zivilcourage braucht viele - Sachsen-Anhalt macht sich stark gegen Rechtsextremismus

Von Jens Bullerjahn (SPD), stellvertretender Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt

Es sind diese Nachrichten, die uns immer wieder aufs Neue erschüttern. In Pömmelte wird ein farbiger Junge durch rechtsextreme Jugendliche zusammengeschlagen. In Pretzin verbrennen Mitglieder einer rechtsradikalen Kameradschaft das Tagebuch der Anne Frank – und damit die Aufzeichnungen eines jüdischen Mädchens. Und in Dessau wird das Denkmal für den von Skinheads ermordeten Mosambikaner Alberto Adriano geschändet.

Die Orte, die Daten, die Namen sind austauschbar. Aber sie alle haben eins gemeinsam. Jedes dieser Ereignisse macht uns deutlich, wie verletzlich die Demokratie ist. Und deshalb ist es notwendig, all jenen etwas entgegenzusetzen, die angetreten sind, die Grundfeste unserer Gesellschaft zu erschüttern.

Wir müssen heute konstatieren, dass die bei der Beschreibung rechtsextremer Umtriebe über viele Jahre gebräuchlichen und auf eine DDR-Erblast zielenden Erklärungsmuster nicht mehr ausreichen. Bei aller rohen und blinden Gewalt – und die Zahlen nehmen in erschreckender Weise zu: Die Täter gehören häufig einer Generation an, die die DDR gar nicht mehr kennengelernt hat. Uns stehen meist keine grölenden Glatzköpfe in Bomberjacken gegenüber, sondern oft junge und gebildete Leute, die das bundesdeutsche Schulsystem mit all seinen Vorzügen durchlaufen haben. Es sind nicht allesamt die Kinder aus schwierigen Verhältnissen, die ohne Arbeit sind, und sich nun im blinden Hass ergehen. Es gibt auch die wohl situierten Familienväter, die am Wochenende bewusst mit ihren Knirpsen zum Kinderfest der NPD gehen. Ja, wir müssen uns inzwischen eingestehen: Rechtsradikale Umtriebe scheinen zum Alltag zu gehören. Aber warum ist das so?

Der Rechtsextremismus ist angetreten, die Mitte der offenen Gesellschaft zu erobern. Er setzt auf die Vernetzung, die dank technischer Möglichkeiten wie Internet und UMTS längst kein Problem mehr ist. Er hat finanzstarke Drahtzieher, die in der öffentlichen Wahrnehmung kaum erkennbar sind.

Das rechtsextreme Lager führt Strategiedebatten und versucht zum Teil erfolgreich, in die Alltagskultur der Jugend einzudringen. Rechtsextremismus lebt vom Tabubruch – und davon, dass die Öffentlichkeit nicht reagiert.

Natürlich gibt es nicht das Allheilmittel, denn ganz sicher profitieren die braunen Strippenzieher von den Schwierigkeiten, denen eine Gesellschaft im Umbruch unterliegt. Richtig ist auch, dass die offene Gesellschaft an ihre Grenzen stößt, wenn es um die juristische Ahndung von entsprechenden Aktionen geht.

Deshalb braucht es einen Mix aus Gegenmaßnahmen, die Teil eines ganzheitlichen Konzeptes im Kampf gegen den Rechtsextremismus sind. Notwendig sind neben der konsequenten Verfolgung rechtsextremer Umtriebe durch die Strafverfolgungsbehörden vor allem Aktivitäten der politischen Bildung, aber auch das offene Bekenntnis gegen radikale Umtriebe. Notwendig ist das Gespräch mit jungen Menschen ebenso wie mit der engagierten Zivilgesellschaft. Workshops, Diskussionen, Konzerte können dabei helfen. Schon jetzt gibt es mit dem „Netzwerk für Demokratie und Toleranz“, dessen Schirmherren der Ministerpräsident und der Landtagspräsident sind, das Bündnis breiter gesellschaftlicher Gruppen, die genau dies im Blick haben. Wie wichtig und erfolgreich dieses Netzwerk sein kann, hat der Ausgang der Landtagswahlen im März dieses Jahres deutlich gemacht. Mit der Hilfe vieler konnte erreicht werden, dass der millionenschwere Wahlkampf der DVU aus München als Flop endete.

Wichtig ist deshalb für die Zukunft, dass vor allem jene Vereine und Initiativen vor Ort unterstützt werden, die bereits heute auf vielfältige Weise dazu beitragen, in allen Teilen des Landes ein Klima zu befördern, das Weltoffenheit und Toleranz in den Mittelpunkt rückt. Das Engagement von Vereinen wie „Miteinander“ oder der „Mobilen Opferberatung“ muss sichtbar und spürbar gestärkt werden. Wer antritt, sich für die Demokratie stark zu machen,

der braucht auch den Rückhalt der Öffentlichkeit.

Ein zweiter Aspekt ist mir aber ebenso wichtig. Die Aktivitäten, die es vor Ort in Sachsen-Anhalt gibt, müssen vernetzt und abgestimmt werden. In der Öffentlichkeit darf nicht der Eindruck entstehen, dass verschiedene Initiativen engagiert, aber unkoordiniert nebeneinanderher arbeiten. Die Landesregierung ist deshalb derzeit damit beschäftigt, die vielfältigen Aktivitäten in den einzelnen Ressorts zu erfassen und die Inhalte der einzelnen Maßnahmen aufeinander abzustimmen.

Ziel ist es, in Sachsen-Anhalt auf Dauer ein Klima zu etablieren, das beispielgebend ist. Wir wohnen in einem lebenswerten Land, wir arbeiten für eine solidarische Leistungsgesellschaft. Aber dabei mitzuhelfen, ist letztlich Aufgabe jedes Einzelnen.

Jens Bullerjahn, Minister der Finanzen des Landes Sachsen-Anhalt

geboren am 15. Juli 1962 in Halle (Saale),
verheiratet, zwei Kinder

Werdegang:

1979 bis 1981

Berufsausbildung zum Elektromonteur,

1984 bis 1987

Studium an der Fachschule Magdeburg;
Abschluss als Elektroingenieur,

1987 bis 1990

Tätigkeit als Ingenieur für
Prozessautomatisierung im Mansfeld-
Kombinat,

seit 1990

Mitglied des Landtags von Sachsen-
Anhalt,

1993 bis 2004

Parlamentarischer Geschäftsführer der
SPD-Landtagsfraktion,

2004 bis 2006

Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion